

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Herter, Industriehalle
Riesbachstr. 12
Postsendungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Nr. 51.

Sonntag, 19. Dezember.

Abonnements

werden nur beim Verlag und
desse Bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2. — für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3. — für Deutschland (Gouvern.)
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Gouvern.)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserte

Die bezugsfreie Zeitstelle
25 Gth. — 20 Blg.

1880.

Wiss an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, beim Verbleib wird und die dortigen
Verhältnisse sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erhalten, resp. Briefe von dort an uns
und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzugeben, so ist die äußerste Vorsicht im Postverkehr notwendig und
dies keine Verlässlichkeit vornehmen, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt
der Sendungen zu hinterlassen und letztere dadurch zu fälschen. Haupterforderniß ist hierzu einzutreten, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst abzugeben, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenkliche
Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß
auch und möglichst unverzügliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich demnach größter
Sicherheit Kommandierung. Sodast an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller ent-
gegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteilgenossen! Vergeßt der Verfolgten und Gemäßregelten nicht!

Abonnements-Einladung.

„Der Sozialdemokrat“

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Die unsrer Partei und ihren Fortschritten die notwendige Verbreitung in der
Presse, welche ihr ein „Wohlbekanntes“ in Deutschland ist, um möglichst ge-
sammelt die Parteigenossen allerorts und hält sie in ununterbrochener geistiger Ver-
bindung untereinander und mit der sozialistischen Bewegung aller Länder. Er unter-
stützt sie von den Schiedsrichtern unserer Gegner und macht sie auf deren Anschläge
rechtzeitig aufmerksam. Er schenkt und fördert die Genossen prinzipiell und hält sie über
die politische Lage und die von der Partei verfolgten und den einzelnen Parteimitgliedern
gegenüber einzunehmende Stellung auf dem Laufenden. Er dient als Sprachrohr für
bedeutende wichtige Parteifragen, beantwortet die hiesigen Parteigenossen und
beantwortet die Mittheilungen der Parteimitglieder aller über ihre Lage und den Weg
weiter. Er führt die Leserinnen und Leser über die neuesten Zustände und die
„Lohnung“ und in deren Beziehung durch eine die Freiheit und Gleichheit über die
Erklärung der Dinge an. Mit einem Wort: der „Sozialdemokrat“ ist die
stärkste und wirksamste im gewaltigen Kampfe der alten
Welt mit der neuen Welt, der neuen Welt des Sozialismus;
er ist die beständigste Oerthspalte, durch die die Arbeiter der
heutigen Welt in ununterbrochener Verbindung stehen mit den
Genossen, die dem arbeitslosen Volk die Erlösung aus den Fesseln
politischer und ökonomischer Knechtschaft bringt!

Der „Sozialdemokrat“ wurde vom letzten Parteitag einstimmig
zum einzigen offiziellen Organ der sozialistischen Arbeiterpartei Deutsch-
lands erklärt.

Es ist deshalb Pflicht die Interessen jedes Parteigenossen,
auf die richtige für die Verbreitung des „Sozialdemokrat“
zu wirken. Da der „Sozialdemokrat“ in Deutschland bekanntlich auf Grund
des Ausnahmegesetzes verboten ist, so muß die Verbreitung selbstständig
mit größter Vorsicht geschehen; letztere angeordnet, ist die Sache übrigens durchaus
unerschwerlich und leicht ausführbar. Das bloße Abonnement ohne Weiterver-
breitung ist gestattet.

Der vorzuschickende Abonnementspreis des „Sozialdem.“ beträgt viertel-
jährlich für Deutschland und Oesterreich 3 Mark 20 Pf., wofür das Blatt
wöchentlich als verschlossener Brief versandt wird; für die Schweiz 2 Fr.,
für alle übrigen Länder des Weltpostvereins 2 Fr. 50 Pf. (unter Banco). Dieser
Preis kann indessen, namentlich in Deutschland, bei Freunden
erhöht werden, wenn sich die Genossen ein solches Verlangen
ausdrücken. Wenn irgend möglich, ist die Zahlung in
unverfallbar zu machen. Die Briefe sind zu adressieren an den
Verlag des „Sozialdem.“, Zürich, Industriehalle, Riesbachstr. 12.
Die Bestellung an die oben genannten Genossen geschieht; kann in der
Vertheilung beim Gesamtbesitz meist geringer wie bei
den Einzelbestellungen.

Wie in 10 Exemplaren können in Doppelheftform bestellt werden; bei größeren Be-
stellungen in die Zulassung in Baden vergrößert. Bei Bezug von zehn Exemplaren
an ist der Preis der Quartal zum M. 1. 90, franco ins Haus beigefügt, und ist der
Bezug monatlich mit 20 Pf. im Voraus einzubringen. Einnahme der Sendungen werden
zur Vermeidung aller Unannehmlichkeiten für den Besteller; größere Beiträge in Post-
nachricht mittelst eingeschlossener Briefe oder Post-Einschließung.

Die nicht unterzeichneten Briefe durch ungenügendes Postamt entstehen, so machen
Wir darauf aufmerksam, daß einfache Briefe (bis 15 Gramm) nach der Schweiz 20 Pf.,
resp. 10 Kreuzer k. S. kosten, bei Schweizer Briefen je 15 Gramm weitere 20 Pf.,
resp. 10 Kreuzer.

Man wende sich bei Einzelbestellungen an den Verlag von H. Herter, Industriehalle,
Riesbachstr. 12, bei geneigten Abonnement und um Aufschlüsse an die be-
kanntesten Agenten in Deutschland, oder an die Landesparteien durch Vermittlung
in der Schweiz oder sonst im Ausland lebender Freunde.

Vorauszahlung des Abonnementspreises bei Beginn des Quartals an
unsere Vertrauensmänner und Filialverwalter ist unerlässlich!
Parteilgenossen! Sammelt Euch um eure Partei und bemüht die Euch gebende
Hilfe mit Eifer und Eifer; seid richtig und thut Gutes!

Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat“.

Ein amtliches Zeugniß für den Sozialismus.

In dem Jahresbericht des Arbeitsstatistik-Amtes des Staates
Ohio für das Jahr 1877 läßt sich der Vorstand des Amtes,
J. H. Wall, über die Verhältnisse der Arbeit in folgender
Weise aus:

Ohio wird in einer nahen Zukunft der größte Manufaktur-
staat der Vereinigten Staaten sein. Seine Lage, seine Ver-
kehrsmittel, Seen, Flüsse, Kanäle, Eisenbahnen, seine leicht-
zugänglichen Kohlen- und Eisenbergwerke, sein Klima, alles
was auf die Vielfältigkeit der Fabriken hinzielt, ist in Ohio
vorhanden. Als Manufakturstaat besteht Ohio erst seit
einigen Jahren und schon hat es alle seine Arbeiter, mit
Ausnahme von drei Staaten, überflügelt. Das Jahrzehnt
von 1863—73 war in den Vereinigten Staaten eine Zeit
ununterbrochener wirtschaftlichen Gedeihens. In Ohio
stieg, während die Bevölkerung von 1860—70 um 14 Proz.
(1860 2,339,511, 1870 2,665,260) zunahm, der Werth des
unbeweglichen und beweglichen Eigentums um 87 Proz., näm-
lich von 5 Milliarden 500 Millionen auf 13 Milliarden.
Das Nationalvermögen betrug auf den Kopf der Bevölkerung
1860 2,500 Franken, 1870 dagegen 4,190 Franken. Die
Zunahme der Zahl der Fabriken war gleich 100 Proz.; 1860
waren 11,123; 1870 22,773. Die Zunahme des Personals
der Fabriken betrug über 71 Proz., von 75,602 auf 129,577.
Die Zunahme des Werthes der Erzeugnisse betrug über 100
Proz.; er hatte sich von 605 Millionen auf 1,345 Mill. ver-
mehrt.

Und doch, trotz dieses ungeheuren Anwachsens
des Reichthums und der Arbeitsmittel, und
trotzdem dasselbe von einer geringsten Vermeh-
rung der Bevölkerung begleitet war, fand
seit 1872 eine, verglichen mit der Vertheuerung
der Lebensmittel, ungeheure Herabsetzung der
Löhne statt. Das Einkommen der Arbeiter hat seit
1872 eine mittlere Verminderung von 50 Proz. erlitten.
Die in den hauptsächlichsten Industriezweigen vorgenommenen
Untersuchungen sind hinreichend vollständig, um auch den
Zweifelhaftigsten zu überzeugen, daß Mangel und Elend in

den Häusern vieler Arbeiter eingedrungen sind, welche sich
früher des Besizes alles zum Leben Nothwendigen und vieles
Angenehmen erfreuten. Die Frage der Arbeit kommt als
Hauptfrage auf die Tagesordnung, wenn sie nicht bereits da-
rauf steht, und von ihrer Lösung hängt der Friede
und die Wohlfahrt nicht nur des Volkes von
Ohio oder der Vereinigten Staaten, sondern der
ganzen Welt ab. Die Macht, welche das allgemeine Wahl-
recht den Arbeitern gibt, kann nicht übersehen werden; und
diese Macht wird immer zum Guten geübt werden, solange sie
mit ihrem Voss zufrieden sein werden. Daß sie nicht zu-
frieden mit ihrem Voss sind, daß der Geist der Unzufrieden-
heit reif ist, daß die offene Empörung lediglich durch die
Hoffnung einer nahen Besserung verhindert wird, — das
sind Thatsachen, welche keines Beweises bedürfen.

Die Thatsache, daß das öffentliche Vermögen
sechsmal schneller gewachsen ist, als die Bevöl-
kerung und daß die Arbeiter dabei fortfahren,
sich ihres täglichen Brodes wegen in voll-
kommener Abhängigkeit von ihrer täglichen Ar-
beit zu befinden, — beweist, daß sich die Löhne in keinem
gerechten Verhältnis zur Erzeugung befinden. Das System,
nach welchem die Arbeit ihre Entlohnung erhält, das Lohn-
system, nach welchem das Arbeitserzeugniß und nicht die
Löhne die Entlohnung der Arbeit sein werden, muß die erste
Reform zur Erhebung der Arbeit aus ihrer abhängigen
Stellung sein. Um die vorhandenen Uebel zu heilen,
müssen die Arbeiter die Eigentümer und Ver-
walter der künstlichen Produktivkräfte des Landes
werden.

Man beachte: J. H. Wall, welcher so spricht, ist nicht ein
böser sozialistischer Agitator; nein der Mann, dessen Aus-
führungen den Lehren der Partei, deren „auf den Umsturz der
bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten, in
einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der
Bevölkerungsklassen gefährdenden Weise zu Tage tretenden
Bestrebungen“ durch das Obergesetz in Deutschland ver-
wehrt sind, so nahe kommen, ist ein öffentlicher Beamter
der großen transatlantischen Republik. Und doch ist seine
Beurteilung der wirtschaftlichen Erscheinungen und seine
Lösung des „sozialen Räthsels“ — das für den Verständigen
und Ontgläubigen längst kein Räthsel mehr ist — dieselbe
wie die unserer verfolgten Partei, die Lösung des Kollektivis-
mus, des materialistischen Kommunismus, der Sozial-
demokratie.

Aber freilich, wer die wirtschaftlichen Erscheinungen mit
offenem Kopfe studirt, der kann zu keinem anderen Ergebniß
kommen; und wen das Interesse der herrschenden Klasse
nicht soweit beherrscht, daß er seine gewonnene Erkenntniß
eigenmächtig und heuchlerisch verheimlicht und das Volk wider
besseres Wissen belügt, der kann nicht anders, als der Sozial-
demokratie beizustimmen.

Revolution oder Reform?

IV.

Das Sozialistengesetz machte diesen süßen Träumereien der
Mehrheitstheoretiker ein schnelles Ende. Zwar konnte sich ein
Theil der Genossen nicht sofort von den gewohnten Illusionen
und Hoffnungen trennen, und in der ersten Zeit der Herr-
schaft des Sozialistengesetzes konnte man nicht selten die Mei-
nung hören, daß dies Gesetz unmöglich lange bleiben könne
und bald wieder werde abgeschafft werden, worauf die Bewe-
gung wieder in der alten, gewohnten Weise weiter gehen werde.
Aber das Vorgehen der Regierung gegen die Partei gab dieser
Illusion bald den Rest, und heute möchte es sehr wenige
deutsche Sozialdemokraten mehr geben, welche mehr eine frei-
willige Aufhebung des Sozialistengesetzes erwarten und nicht
überzeugt sind, daß die Ereignisse seit dem Sommer 1878
tiefgreifende Veränderungen in der sozialistischen Bewegung
Deutschlands bewirkt haben, welche die Rückkehr zu früheren
Entwicklungsphasen für immer unmöglich machen.

Vor dem Sommer 1878 hielten viele den Weg der Reform
für möglich oder ließen ihn wenigstens theoretisch gelten. Die
herrschenden Klassen haben die Wahl zwischen dem Wege der
Reform, den wir Sozialdemokraten eingeschlagen
wissen wollen und dem Wege der Revolution. So drückte
sich Joh. Most¹⁾ aus, und zahlreiche Stimmen nahmen nicht
nur dieselbe Formel an, sondern hielten auch, gleich J. Most,
in der That für möglich, auf dem Wege der Reform, zum

Ziel zu kommen, ja gaben sogar bereits genaue bis ins ein-
zelne gehende Mittel zur Durchführung der allmählichen fried-
lichen Umwandlung an. Man hielt ein Nachgeben der herr-
schenden Klasse für möglich und wies auf den 4. August 1789
mit seinem „freiwilligen“ Verzicht auf die Adelsvorrechte hin,
ohne zu bedenken, daß ihm die Rachezüge und Schloßver-
brennungen der Bauern vorangingen und die Royalisten-
verschwörungen, die Emigration, der Bundeer Krieg und der
weiße Schrecken folgten. Heute dagegen dürften diejenigen,
welche nicht von dem Glauben lassen, daß das Volk allein in
den jähren Gleisen der Reform sich sanft emporniege zum
Gipfel der Befreiung, zu zählen sein. Wer es aus der älteren
Geschichte aller Völker noch nicht weiß, der hat es aus den
Ereignissen der neuesten Zeit und zum Theil aus eigenen Er-
fahrungen gelernt, daß die herrschenden Klassen nie und nimmer
freiwillig abhandeln und daß das Volk genau so viel an Rechten
und Verbesserungen seines Vosses erlangt, als es sich zu er-
zwingen vermag. Die Vorkämpfer des Volkes, die Sozial-
listen, haben daher ihre Anstrengungen darauf zu richten, daß
sie baldmöglichst in die Lage kommen, zu erzwingen. Und da
die herrschende Klasse den Kampf keineswegs bloß auf dem
geistigen Gebiet führt, vielmehr ihre Stellung mit recht mate-
riellen Mitteln — als Militär, Polizei, Gerichte, Kirche
u. dgl. — nach Kräften befestigt und bereit ist, es zur Schlacht
auf Leben und Tod kommen zu lassen, so müssen wir uns
auf das Unvermeidliche vorbereiten: auf die Revolution.

Ueber die Art, wie diese Vorbereitung bewirkt wird, bestehen
aber Meinungsverschiedenheiten. Die Leute, welche sich Anar-
chisten nennen, glauben, daß dieselbe lediglich durch Abschließung
und Ausschließung vom politischen Leben, durch Organisation
von revolutionären Zirkeln, durch die „Propaganda der That“,
d. h. durch Eminenten, Attentate und Gewaltmaßregeln aller
Art, sowie durch Beiseitewerfung aller anderen „untergeord-
neten“ Fragen und alleinige Betonung der großen Frage der
Revolution bewerkstelligt werde. Und eine Anzahl der 472
Abnehmer der „Freih.“ ist von dem neubekehrten Anarchisten Most
ebenfalls in diesen Irrthum hineingeredet worden. Wir Sozial-
demokraten dagegen sind der Ueberzeugung, daß diese Art der
Vorbereitung zum Theil eine gänzlich falsche, zum Theil eine
durchaus unzureichende ist.

Wir haben schon auseinandergesetzt, daß und warum der
Ausbruch der großen Revolution keineswegs so unmittelbar
vor der Thüre steht; und der französische Anarchist Kahn,
der sie im nächsten Jahr, der jurassische Anarchist Krapotkin,
der sie in zwei oder drei und der blanquistisch-anarchistische
Mostianer oder mostisch-anarchistische Blanquist Most, der sie
in ungefähr derselben Zeit erwartet, aber aus angeborener
verfluchter germanischer Gutnützigkeit auch allenfalls ein Jahrzehnt
zugeben will, — sie alle dürften sich gleichmäßig verrechnen.
Seyen wir nun zur Abwirthschaftung der Reaktion, zur wei-
teren Auffaugung der Kleinsten, zur Aufklärung der
Massen, mit einem Wort zur Revolutionirung des Volkes nur
ein Jahrzehnt — was eher zu wenig als zu viel ist —, so
ist es vor allem klar, daß wir so lange Zeit mit der bloßen
Revolutionssphäre nicht ausreichen. Die Sache würde den
Leuten bei ewiger Wiederholung in der gleichen Dialekt über-
drüssig werden, sie würden bald zu gähnen anfangen und
später einschlafen — oder zu einem abschließungreicheren
Konzert laufen. Das darf allerdings nicht so verstanden
werden, als ob wir mit Auer einverstanden wären, dem der
„Sozialdem.“ zu „oft von der Möglichkeit und Nothwendigkeit
einer Revolution (von einer „demnächstigen“ haben wir nie
gesprochen) spricht. Wir müssen vielmehr dem Volk von der
Revolution und ihrer unabwendbaren Nothwendigkeit sprechen;
wir müssen die Revolution den Gedächtneten und Ausgebetteten,
den Mühseligen und Beladenen allen als die einzige Möglichkeit
einer ergiebigen und dauernden Besserung einer wahren Er-
lösung weisen, sie den zur Erkenntniß Gelangten als Retterin
und Belohnerin, den Uneingeweihten und Zaghaften aber als
das nothwendige reinigende Gewitter zeigen. Durch diese sichere
Hoffnung, durch diese Gewißheit des endlichen Sieges und der
endlichen Befreiung erwecken wir Muth und Thatkraft im
Volk und geben ihm die Fähigkeit, bis zum rechten Zeitpunkt
auszubauern. Den zum Bewußtsein gekommenen Gedächtneten
diese Hoffnung, diese Gewißheit eines endlichen Sieges und
war eines Sieges in nicht allzuweiter Ferne rauben, hieße
dagegen ihre Thatkraft lähmen und die Bewegung ent-
wenden.

Aber freilich ist es mit dem Hinweis auf die kommende
Revolution, die Befreierin und Rächerin und Richter, alle in
nicht gethan, — noch weniger mit großmäuligen Revolutions-
geschrei.

¹⁾ Vortrag über die pariser Kommune, 23. März 1874, abgedruckt in
„Die pariser Kommune vor den berliner Gerichten“.

Eine internationale sozialistische Kundgebung.

(Schluß.)

Bürger Krapotkin (Russe, Anarchist) begrüßt im Namen der Sektion der Propaganda von Genf mit einigen begeisterten Worten die junge sozialistische Partei Polens, die in die Internationale kommt, jene Weltorganisation, welche noch immer im Herzen und in den Gedanken aller Arbeiter der Welt besteht. Er betont vor allem, daß die polnischen Sozialisten von keinem polnischen Staat träumen, was in Anbetracht der in den nächsten (?) Tagen kommenden Revolution eine hervorragende Bedeutung habe.

Hierauf sprach Bürger Baronski (Pole) zu den zahlreich anwesenden russischen Genossen in russischer Sprache von den Beziehungen zwischen den polnischen und russischen Revolutionären, die schon seit langem, seit 1824 datieren; aber sie konnten früher keine innigen sein, da die Polen ihren Blick nur immer in die Vergangenheit, die Russen aber den ihren in die Zukunft warfen. Was sie damals vereinte, war nur der gemeinsame Feind. Jetzt haben beide eine gemeinsame Arbeit zu vollbringen. Jetzt streben die polnischen Revolutionäre mit den russischen nach dem gleichen Ziele und ihr Kampf nicht nur gegen die russische Tyrannei; die russischen Sozialisten aber haben einen Teil der Arbeit übernommen. Jetzt gilt es nicht mehr, zu rufen: „Es lebe Polen, nieder mit Rußland!“ Jetzt sind alle Bürger eines Landes, das viel unglücklicher ist als Polen — des internationalen Proletariats!

Bürger Sadowski (Russe) spricht sowohl in seinem Namen, als im Auftrag der sozialistischen Gruppe „Tschornji Perehjet“. Er begrüßt in französischer Sprache die vorhandene Vereinigung der sozialistischen Intelligenz Polens und Rußlands und wünscht, daß derselben die Vereinigung zwischen den Arbeitern beider Länder nachfolge.

Hierauf wurde ein Theil der von allen Seiten eingelaufenen Briefe und Telegramme verlesen. „Die sozialistischen Arbeiter Polens unter dem Joch des Jaren“ sandten eine Begrüßung, in welcher sie den Grundsätzen der internationalen Solidarität Ausdruck gaben. Außerdem kamen noch zwei weitere Briefe von sozialistischen Vereinen in Polen. Die übrigen Aufschriften und Beschriftungen kamen von 22 in Paris wohnenden russischen Sozialisten (mit den Unterschriften Lawroff, Bichanow, Richard), von Gruppen polnischer Sozialisten in Bern, Rapperswil, Jassy (Rumänien), von russischen Sozialisten in Zürich, von der revolutionären Gruppe „Freiheit“ in Paris, von dem revolutionären Schriftsteller Tony Revillon in Paris, von Lawroff in Paris, von einer Gruppe ehemaliger Mitglieder des Generalrats der Internationale in London (von Karl Marx, Friedr. Engels, Paul Lafargue und Lesner unterzeichnet). Weitere Aufschriften erwähnen, welche wichtige Rolle die Polen in allen revolutionären Bewegungen der Welt stets gespielt haben, und schließlich, daß die allgemeine Sympathie, welche die Polen dadurch gewonnen, jetzt dank der neuen polnischen sozialistischen Agitation noch gewaltig steigen müsse. Aus London kam weiter ein Brief von Leo Hartmann.

Hierauf nahm das Wort Bürgerin Sjera Saffulitsch, von großem Beifall empfangen. In russischer Sprache führte sie in kurzgelegter Rede aus, daß es in Anbetracht der jetzt zu Stande kommenden Vereinigung der polnischen und russischen Sozialisten, die zu einer neuen Vereinigung des arbeitenden Volkes beider Nationalitäten führen könne, für die gemeinsame Sache schädlich wäre, Fragen der Nationalität, des nationalen Hasses zu erheben; die polnischen und russischen Arbeiter, die polnischen und russischen Sozialisten können und müssen, ungetrübt um solche kleinliche Dinge, vereint zur Erringung einer besseren Zukunft wirken.

Sodann wurde abermals eine Anzahl Begrüßungsschreiben verlesen: von der auswärtigen Bezirksstelle der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands namens der Partei, von dem Ausschuss der deutschen Parteimitgliedschaft in Zürich, vom deutschen Arbeiterverein in Winterthur, vom sozialdemokratischen Verein in St. Gallen, vom Internationalen Verein in Zürich, von der sozialrevolutionären Gruppe in Bern, vom Ausbinderverein in Bern, von dem russischen Sozialisten Schemanow in Kaufmann, von den russischen Sozialisten aus Bern, von der „groupe d'action“ in Marseille, von der „groupe d'action“ in Lyon, von der Redaktion der „Voix de l'ouvrier“ in Brüssel, vom Landesrat der belgischen sozialistischen Partei in Genf, von der Redaktion des „Etudiant socialiste“ in Brüssel, vom Verein der Propaganda in Brüssel.

Zum Schluß sagte die Versammlung einstimmig folgenden Beschluß: In Erwägung: 1) daß die bisherigen revolutionären Bewegungen in Polen stets von den bevorrechteten Klassen unternommen waren und daß die Teilnahme des Volkes aus dem Grunde, weil dabei nur die Interessen der Bevorrechteten berücksichtigt wurden, immer eine lebende war, 2) daß die wirkliche Befreiung des Volkes allein auf die Grundzüge der Gleichheit gegründet werden kann, welche eine vollständige Aenderung der sozialen Ordnung erfordern, 3) daß jede politische Bewegung der wirtschaftlichen Bewegung untergeordnet werden muß, 4) daß die Befreiung der Arbeit nur das Ziel der Arbeiter selbst sein kann; erkennt die am 29. November in der Brauerei Schief in Genf zur Feier der polnischen Revolution von 1830 zusammenberufene Sozialistenversammlung die internationale Verbrüderung der Sozialisten aller Länder als das einzige Mittel der Befreiung des polnischen Volkes und zugleich aller Völker aus der wirtschaftlichen, staatlichen und nationalen Knechtschaft. In Beantwortung der von polnischen Sozialisten, welche unter dem Joch des Jaren leben, gefandten Begrüßungsschreiben, sendet die Versammlung ihnen die Versicherung der Sympathie und Solidarität.

Hierauf schloß der greise Vorige S. J. Phil. Becker — neben dem die Bürger und Bürgerinnen Sjera Saffulitsch (Ruffin), Karl (Deutscher), Dalang (Frankosin) und Dluski (Pole) als Schriftführer amtieren hatten — die Versammlung mit einigen zum Herzen gehenden Worten für die Verbrüderung der Sozialisten der ganzen Welt. Auf die Versammlung folgte ein einfaches Bankett, auf welchem Bürger Dluski namens der polnischen Genossen einen mit allgemeinem Beifall aufgenommenen Trinkspruch auf den nächstjährigen sozialistischen Weltkongress in Zürich ausbrachte, von dem alle Sozialisten hoffen und wünschen, daß er das heilige Band, welches die Sozialisten aller Länder längst umschlingt, verfestigen und eine neue Internationale schaffen möge!

Diese Kundgebung ist insbesondere für den jungen polnischen Sozialismus von großer Bedeutung. Hat er doch gezeigt, daß er, die wahren Interessen des Proletariats ins Auge fassend, sich von allen alten, bloß landespolitischen Bestrebungen losreißt und offen, frei und ohne Rücksicht die Kundgebung hat weiter gezeigt, wie von dem überlieferten nationalen Haß der Polen gegen die Russen unter den Sozialisten beider Länder nichts zurück geblieben ist, sondern wie sich beide als Brüder und Glieder eines Bundes betrachten. Dadurch und durch die erfreuliche Uebereinstimmung und heiderseitige Gesinnung, welche in den Worten aller Redner zum Ausdruck kam, hat jener der Besuche der internationalen Verbrüderung unter den Sozialisten aller Länder eine neue, lebende Anregung erhalten, die weiter wirken und schließlich zur erwünschten Vereinigung mächtig beitragen wird. Wir schließen mit den Worten, mit welchen wir die Kundgebung begrüßten: Hoch die auflühende polnische Bewegung! Es lebe der internationale Sozialismus, der Befreier und Vereiner der Völker!

Der Prozeß der „Narodnaja Wolja“ und des revolutionären Exekutivkomites vor dem petersburger Kriegsgericht.

7. bis 12. November (25. bis 30. Oktober).

(Fortsetzung.)

2) Stepan Schirjajew, 25 Jahre alt, Bauer aus dem sardotower Gouvernement, besuchte zuerst das Jaroslawer Gymnasium und dann die Thierarzneischule zu Charkow. Schon am Gymnasium nahm er revolutionäre und sozialistische Ideen in sich auf, Ende 1877 floh er vor den Verfolgungen der Behörden in das Ausland, wo er bis Ende 1878 blieb. Während dieser Zeit arbeitete er in London und Paris in technischen und chemischen Fabriken. Dann kam er nach Rußland zurück und schloß sich den Personen an, die später die Partei „Narodnaja Wolja“ bildeten; verhaftet wurde er am 4. Dezember 1879 in Petersburg unter dem Namen Smirnihi.

Auf die gegen ihn gerichteten Anklagen erklärte er: a) Dem Kongresse habe er beigewohnt; als Zweck desselben erklärte er dasselbe wie Kwiat-

kowski und fügte hinzu: Bis 1876 war die sozialistische Partei eine Partei der Propaganda; erst die grausamen Verfolgungen und harten Beurteilungen der Propagandisten veranlaßten sie, revolutionär zu werden. 1876 bildete sich die Organisation der Narodniks. Spätere Ereignisse brachten mehrere Mitglieder dieser Organisation zur Ueberzeugung, daß die ökonomische Freiheit des Volkes erst nach dem Sturz des jetzigen Systems erfolgen könne. Daß sich die Partei „Narodnaja Wolja“ von der früheren Organisation nur durch die terroristische Thätigkeit unterscheidet, wie Goldenberg angab, sei unrichtig; solche Thatsachen waren auch schon bei der früheren Organisation anerkannt (Zassnitsh und andere); die revolutionären Gewaltthaten hingen von den Gewaltthatigkeiten der Regierung ab. Die Leute, welche sich mit der Ausführung des terroristischen Theils des letzteren Programms beschäftigten, bildeten das Exekutivkomitee. Weber er noch Goldenberg waren Mitglieder der alten Narodniks-Organisation und konnten daher nicht alle Veranlassungen zur Verurteilung des Kongresses kennen. Von Iwep begab sich die Mitglieder der alten Organisation nach Baronski, wo der Kongress der alten Narodniks (die spätere Fraktion des „Tschornji Perehjet“) stattfand, um dort ihre Ansichten über die politische Thätigkeit der Partei zu äußern. b) An der Moskauer Affäre habe er Theil genommen; die Form der Ausführung wurde in Iwep nicht beschlossen, sondern die Sache nur prinzipiell beschlossen. Als Chemiker verfertigte er mit anderen Personen Dynamit. Das Vertheilen lautete auf Tod; wurde vom Jaren in lebenslängliche Zwangsarbeit umgewandelt.

3) Sundelewitsch Karon, 26 Jahre alt, Sohn armer israelitischer Eltern in Wilna; studierte bis zu 16. Jahr Talmud, erlernte die russische Sprache als Knabebild und betrat die Rabbinerschule zu Wilna, welche er jedoch nicht zu Ende bringen konnte, da sie 1873 von der Regierung geschlossen wurde. 1875 wurde er beschuldigt, in Gemeinschaft mit anderen Personen eine geheime Gesellschaft gestiftet und verbottene Schriften in Wilna verbreitet zu haben. Er konnte indessen noch rechtzeitig ins Ausland entfliehen, kam aber nach einer kurzen Zeit wieder nach Rußland zurück und war bis zu seiner Verhaftung einer der thätigsten Mitglieder des linken Flügels der konservativen Partei. Er wurde am 28. Oktober 1879 in Petersburg in der kaiserlichen Bibliothek verhaftet, wobei einige Nummern der „Narodnaja Wolja“ und andere Schriften bei ihm vorgefunden wurden.

Sundelewitsch bekannte: a) den Zusammenkünften vor dem 2. April beigewohnt zu haben; die Einzelheiten gab er an wie Kwiatkowski. Auf die Frage, ob Sundelewitsch das Attentat ausgeführt hätte, auch wenn sie (Sundelewitsch und Kwiatkowski) als Mitglieder der Organisation der „Narodnaja Wolja“ es nicht gebilligt hätten, antwortete er mit ja. Die Gespräche über den Jarenmord bei den Zusammenkünften waren rein theoretischer Natur; Goldenberg bot sich wirklich zur Ausführung des Attentats an, aber Sundelewitsch sprach heftig dagegen. Goldenberg wußte bis zur letzten Zusammenkunft nicht, daß Sundelewitsch das Attentat ausführen werde, Kobljanski aber wußte es auch nachdem noch nicht, der beste Beweis, daß die Versammlungen keine entscheidende Bedeutung hatten. b) Als der in Odessa hingerichtete Ljogub seine Erbschaft antret, betrug sein Vermögen nach den Angaben seiner Brüder 150—180,000 Rubel, nach seiner Hinrichtung aber nur 30,000. Da die Regierung voraussetzte, daß Ljogub das fehlende Kapital für die Bedürfnisse der Partei ausgegeben, so wurde eine Untersuchung hierüber eingeleitet, in welche auch Sundelewitsch verwickelt wurde. Ueber das Ergebnis derselben sagte S. aus: Bobin Ljogub seine Kapitalien vor seiner Verhaftung in Odessa gethan, wisse er nicht, wahrscheinlich seien sie für die Partei ausgegeben worden. Nach Ljogubs Verhaftung wurde er, Sundelewitsch, Ende 1878 von der Organisation der Narodniks bevollmächtigt, das Vermögen Ljogubs zu liquidieren, zu welchem Behufe er sich auf das Gut des letzteren bei Tschernigow begab, um mit dem Verwalter Drigo, dem er einen vertraulichen Brief von L. aus dem Gefängnisse brachte, zu sprechen. Anfang 1879 kam S. nochmals, erhielt von Drigo ca. 4,000 Rubel, übergab dann aber die Unterhandlung einem andern Mitglied und begab sich ins Ausland, um einen Bankier zu finden, der die Wechsel von Ljogub annehme und die Einlieferung besorge. Aber es gelang ihm nicht; bald nach seiner Rückkehr aber wurde er verhaftet, nachdem währenddessen Ljogub hingerichtet und Drigo in die Untersuchung mit einbezogen worden war. In seiner Schlussrede entwickelte S. den Gedanken, daß der Sturz der heutigen Gesellschaft durch die Propaganda erreicht werde; die Gewaltthaten der Partei seien nicht darauf gerichtet, die Gesellschaft zu stürzen, sondern bedeckten lediglich die Forderung der Rede- und Versammlungsfreiheit. Das Urtheil lautete auf lebenslängliche Zwangsarbeit in Bergwerken.

4) Tichanoff Jakob, 28 Jahre alt, Bauer aus dem smolensischen Gouvernement, verheirathet, Schlosser und Weber. 1875 wurde er beschuldigt, unter den Arbeitern Propaganda gemacht zu haben, verhaftet und 1876 auf dem Verwaltungswege nach Finiga (im archangelschen Gouvernement), verbannt, wo er jedoch im November 1877 entflo. Am 3. November 1878 in Moskau verhaftet, gelang es ihm am 4. März 1879 in ganz wunderbarer Weise aus dem Gefängnisse zu Moskau zu entfliehen. Am 24. November 1879 wurde er indess in Petersburg abermal verhaftet.

Er bekannte, an dem Eisenbahnattentat bei Alexandrowfel theilgenommen zu haben, erklärt aber, nicht Mitglied der terroristischen Fraktion gewesen zu sein. Er verteidigte sich nicht; als er in seinem Schlagwort heilige Worte gegen das Gericht richtete, wurde er aus dem Saale geführt. Er wurde zum Tode verurtheilt, welches Urtheil aber vom Jaren in lebenslängliche Zwangsarbeit in Bergwerken umgewandelt wurde.

5) Olsdski Jwan, 22 Jahre alt, Bürger der Stadt Noworossow (poltower Gouvernement), Schlosser, arbeitete von 1872 an in verschiedenen Fabriken zu Petersburg, schloß sich 1874 der sozialistischen revolutionären Partei an. In den Verdacht gekommen, unter den Arbeitern Propaganda gemacht zu haben, verließ er Petersburg, um den Händen der Polizei zu entgehen. Von da an lebte er unter verschiedenen falschen Namen; seine Verhaftung erfolgte am 5. Juli 1880 zu Petersburg.

Er bekannte sich als Mitglied der Fraktion „Narodnaja Wolja“, sowie der Theilnahme an dem Attentat bei Alexandrowfel, bezüglich dessen er hinzufügte, daß, wenn es nicht gelungen sei, er seine Schuld daran trage. Er verteidigte sich nicht, sondern benutzte sein letztes Wort, um zu bemerken, daß die Anklage gegen ihn lediglich auf seinem eigenen Geständnisse beruhe (die Anklage Goldenberg gegen ihn wurde durch die Thatsache nicht bestätigt); dies Bekennen habe er aber nicht darum gemacht, weil er etwas Reue empfinde oder sein Schicksal lindern wolle. Als er hierauf anfang, seine Anschauungen „in geborigen Redensarten“ zu entwickeln, wurde ihm das Wort abgeschnitten. Er wurde zum Tode verurtheilt, sodann zu lebenslänglicher Zwangsarbeit „begnadigt“.

6) Presnjakoff Andrei, 24 Jahre alt, Bürger von Orantenburg (petersburger Gouvernement), studierte im Lehrerseminar. Von 1875 an arbeitete er, um Propaganda zu machen, als Schlosser in petersburger Fabriken. Er wurde 1877 verhaftet und angeklagt: 1) Der Verbreitung sozialistischer Anschauungen, 2) der Ermordung des Geheimpolizisten Schcharofski. Im April 1878 gelang es ihm, aus der Haft zu fliehen, worauf er ins Ausland ging und dort bis März 1879 verweilte. Zurückgeführt wurde er am 24. Juli in Petersburg verhaftet, wobei er bewaffneten Widerstand leistete, einen Postier tödtete und einen Diener (Hausmann, welche in Petersburg der Polizei untergeordnet sind) verwundete.

Er bekannte, daß er der Partei „Narodnaja Wolja“ angehört habe, nach Simferopol gereist sei, um die Absicht des Jaren nach Alexandrowfel mitzutheilen; zu welchem Zwecke indess letzteres geschah, wisse er nicht, ahnte es aber. Bewaffneten Widerstand habe er nicht leisten wollen; er wolle bloß bürgerlich gefesselte Personen (der Polizeikommissar war nicht in Uniform), die ihn auf der Straße anhielten, erschrecken, um fliehen zu können. Er erklärte sich mit seinen Genossen auf der Anklagebank über die Gründe der jetzigen Bewegung einverstanden. Wurde zum Tode verurtheilt und am 3. November aufgehängt.

(Schluß folgt.)

1) Schirjajew lebt das anknüpfend, weil sich unter den Angeklagten solche befinden, welche der Partei der „Nar. Wol.“ angehört, aber nicht dem Exekutivkomitee, wie er. 2) Der Staatsanwalt und seine Gehilfen forderten, den Willkürgelehrten gemäß, für die künftigen Angeklagten das Todesurtheil. 3) Ganz zulässig, indem ihm beim Anhalten des Oberzweck den Angestrichelten entlassen war, ohne daß er es gemerkt hätte, worauf ihn der Postier benutzte. 4) Als wenn ihn zum Untersuchungsrichter führen, wolle er einen Haufen Schnupftabak den Polizisten in die Augen spritzen, sprang aus dem Saale, warf sich in eine auf ihn wartende Kutsche und verschwand.

Sozialpolitische Rundschau.

Schweiz.

* Nach vielen Volkseindlichen hört man doch endlich auch von etwas Besserem. Der Bundesrath hat den Entwurf eines Haftpflichtgesetzes vorgelegt. Selbstverständlich gibt derselbe die Verbesserung des Arbeiterlozes nur in homöopathischen Gaben, aber es ist doch etwas. Eine vernünftige Bestimmung ist besonders, daß die Beweislast nicht wie in Deutschland dem Arbeiter, sondern dem Arbeitgeber auferlegt ist, und fernerhin steht der Entwurf über das Haftpflichtgesetz hinaus eine Entschädigung im Fall von Krankheiten, welche in gesundheitschädlichen Fabriken durch die Verurtheilung wurden, fest. Dagegen soll die höchste Entschädigungssumme nur 6000 Franken betragen. Wir werden wohl gelegentlich ausführlicher über den Entwurf sprechen.

Einen arbeiterfreundlichen Schritt hat der Nationalrath (Abgeordnete) frei gethan, indem er den Antrag stellte, der Bundesrath solle sich mit den auswärtigen Regierungen zur Anbahnung einer internationalen Arbeitsgesetzgebung ins Einvernehmen setzen. Der Antrag hat zwar wenig Aussicht, aber er wird nicht mehr von der Tagesordnung verschwinden, bis diese notwendige Forderung erfüllt sein wird.

Deutschland.

* Das „Ereigniß“ der Woche ist die Entdeckung einer großartigen „Sozialistenverschwörung“. Es handelt sich um die schon in unserer letzten Nummer erwähnten Verhaftungen in Frankfurt a/M., Darmstadt, Oberstadt und Mannheim, die von der einen „Erfolge“ gegen uns bedürftigen Regierung zu einer Haupt- und Staatsaffäre aufgebaut werden. Was wir bis jetzt von der Sache erfahren konnten, ist folgendes.

Allen Anschein nach wollten etwa anderthalb Duzend von der „Freiheit“ gegängelte Leute am Sonntag den 5. ds. auf dem in der Nähe von Darmstadt liegenden fogen. Dippelshof einen „sozialrevolutionären Kongress“ halten. In bekannter londoner Art wurde die Sache indess so schlau angefangen, daß die Polizei längst von der Absicht, ja sogar von näheren Umständen, z. B. von den Passwörtern (!) der sich Versammelnden Kenntnis hatte. Infolge dessen wurde am 3. ds. vier darmstädter Arbeiter: Böll, Braun, Mahr und Jakob, welche angeblich den Empfangsausschuß bildeten, verhaftet, worauf sich die Polizei an ihrer Stelle als Empfangsausschuß aufstellte und die sich ihr vertrauensvoll Nähernden festnahm; auch waren auf den nach Darmstadt führenden Bahnen alle Stationen polizeilich besetzt. Natürlich folgten nun, und da auch bei verschiedenen Verhafteten verätherische Papiere u. gefunden worden sein sollen, Hausdurchsuchungen, Polizeiüberfälle, Briefdiebstähle u. in Menge. So in den benachbarten Orten Oberstadt, Pfungstadt, Wehrheim, wo Briefe, Schriften u. beschlagnahmt wurden. In Darmstadt selbst dauerten die Verfolgungsmaßregeln — soweit unsere Berichte reichen — bis zum 10. ds. fort; vielleicht sind sie noch nicht zu Ende. In wie weit die ähnlichen Polizeimaßnahmen in Mannheim, Mainz, Frankfurt mit der Sache zusammenhängen, ist uns noch unklar. Von ersterem Ort sollen zwei Mann auf dem Dippelshof gewesen und sind verhaftet. Am 6. begannen Hausdurchsuchungen im großartigen Maßstab. Etwa 50 Schulleute und Gensdarmen umstellten gegen 10 Uhr die Fabrik von Bopp und Reuther und begannen alsdann eine äußerst scharfe Durchsuchung der einzelnen Arbeiter, deren Kleider, Schränke und Schubladen. Ueber das in der Fabrik erzielte Resultat ist nichts bekannt, doch soll bei gleichzeitig bewirkten Hausdurchsuchungen in Wohnungen eine nicht unbedeutende Anzahl Blätter, Schriften, Briefe u. mit Beschlagnahme belegt worden sein. Auch in Mainz wurde scharf gehaust. In Frankfurt will die Polizei in einem Haus der Judengasse Druckvorrichtungen (!) Briefe „von im Ausland lebenden Agitatoren“ u. dgl. gefunden haben. Indessen scheint es, daß die frankfurter Maßnahmen mit der „Kongressgeschichte“ in keinem sachlichen Zusammenhang stehen und daß es sich hierbei lediglich um eine am 20. Okt. (beim Kaiserbejubel) bewirkte Flugchriftenverbreitung handelt. Dagegen soll die in Augsburg vorgenommene Verhaftung des aus London kommenden „Sozialrevolutionärs“ Dave, des jetzigen Intimus des Herrn Rost, sowie die Verhaftung des derselben Richtung angehörigen augsburger Arbeiters Lichtensteiger in Frankfurt mit der darmstädter Geschichte in Verbindung stehen.

Daß die Polizei in heller Freude ist über die endlich gefundene Handhabe zur Einleitung eines wirkungsvollen Konstreprozeses, ist klar, und suchen denn auch die gewarkeisten Polizisten die aufgefundenen großen und kleinen Fäden zu einem knaustreichen Gewebe zu verknüpfen, das den stauenden und schauernden Spießbürgern als „Hochverrath“ und „Verschwörung“ präsentiert werden soll. Das ist offenbar auch der Grund, weshalb man die wahrscheinlich von der frankfurter Flugchriftenverbreitung ganz unabhängige „Kongressgeschichte“ mit ersterer zusammenwirft und alle Gefangenen, sowie die sonstigen Untersuchungsergebnisse von allen Seiten nach Frankfurt schiebt (die sieben darmstädter Verhafteten wurden am 10. nach dort geschafft). Außerdem hat man ja dort „bewährte“ Richter. Indessen wird die Polizei mit dem „Hochverrath“ trotz ihrer Findigkeit doch kaum Geschäfte machen; und wenn nicht noch viel unerhörtere — sagen wir einstweilen: Ungeschicklichkeiten begangen wurden, so dürfte der freisinnige Berg höchstens das Müslein einer Anklage wegen Zuwiderhandlung gegen das Sozialistengesetz und höchstens noch wegen geheimer Verbindung gebären. Ob aus der von Reputationsblättern berichteten geplanten Verhängung des Verlagerungszustandes über Frankfurt und Umgehend unter solchen Umständen etwas wird, ist sehr zweifelhaft. — Hoffentlich können wir nächstens Genaueres über die Sache berichten. Uebrigens verweisen wir noch auf unsern heutigen darmstädter und augsburger Bericht.

Nun ein Wort über unsere Stellung zu der „Kongress“-Angelegenheit. Die deutsche Sozialdemokratie hat sich nie vor Gefahren und Verfolgungen gekümmert; sie hat ärgere Dinge als solche Kleinigkeiten durchgemacht und sich freimüthig und stolz zu ihren „Verbrechen“ bekannt — sie wird es auch ferner thun. Aber sie vertritt nur solche Handlungen, welche von ihr beschloffen und gutgeheßen, welche die ihrigen sind. Die Verantwortung für unüberlegte Streiche, von deren Planung sie nichts weiß und deren Tendenz und Ausführung ihren Grundsätzen und Absichten widersprechen, muß sie ablehnen und die Betretung

aller ihrer Folgen ausschließlich denen überlassen, welche jene Thaten auf eigene Faust unternommen. Die deutsche Sozialdemokratie hat mit den darmstädter „Kongress“-Geschichten und allem damit Zusammenhängenden nichts zu thun.

Die Genossen aber mögen sich durch diesen neuen Mißerfolg der londoner Seite und die empfindlichen Folgen desselben gewarnt sein lassen!

Die sozialistische Presse hat schon zahllose Male Gelegenheit gehabt, nachzuweisen, wie das bismarck'sche Leiborgan, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ — dem Charakter ihres Herrn und Meisters entsprechend — den unbestreitbaren Ruhm hat, die ganze übrige Bourgeoisie und ausgefuchter Gemeinheit noch weit hinter sich zu lassen. Dieses schöne Vorrecht übte sie jüngst in ganz besonderer Weise den Dämonen des jüngsten petersburger Sozialistenprozesses gegenüber aus. Der größte Theil der Presse konnte, so feindselig er auch den Sozialisten und „Nihilisten“ sonst sein mochte, sein Erstaunen über die eminente Thätigkeit und Aufopferungsfähigkeit der russischen Sozialisten im allgemeinen und der Angeklagten insbesondere nicht verbergen, die, kaum eine Handvoll, durch ihre Thatskraft das ganze mächtige Zarenreich in Bewegung gesetzt, die Tyrannen Rußlands in ihren bestbewachten Palästen zittern gemacht und in das Herz des Volkes trotz aller systematischen Verbannung doch manchen später zur Flamme anwachsenden Funken geworfen. Ihre Charaktereigenschaft, ihre rückhaltlose Hingebung für die von ihnen erwählte Sache, ihre Intelligenz — nirgends wurde sie bestritten und nicht selten begegnet man ungeheurer Bewunderung, die sich meist in dem spießbürgerlichen Gedanken gibt: „wenn soviel Talent und Gemeininn doch nicht auf solche Irrwege gerathen, sondern auf dem von der Gesellschaft und dem Gesetz vorgezeichneten Weg zum Heile ihres Landes angewendet worden wäre“. Die einzige „Norddeutsche Allgemeine“ denkt anders. Sie, die ja von der ganzen deutschen Presse nahezu allein die Ansicht vertritt, daß der Grund der „nihilistischen“ Bewegung in — der zu großen Freiheit, welche in Rußland herrsche, zu suchen sei, — sie weiß den ruhmvoll unterlegenen Feinden keinen besseren Hinhin auf das Schaffot, in die Bergwerke und nach Sibirien auf den Weg zu geben, als sie in der denkbar niedrigsten Weise zu beschimpfen und mit Schmutz zu bewerfen. Sie nennt die Verurtheilten Schurken, wirft ihnen mangelhafte Bildung, Armseligkeit des Verstandes, unermessliche Scheu vor jeder geregelten Arbeit, Stumpfheit vor, bezeichnet sie als moralische Krüppel u. s. w. und schließt gewohnheitsmäßig damit, daß an den Schandthaten der Nihilisten lediglich das nachsichtige Gehenlassen, die Sucht, durch Milde ein untreues Publikum geistig zu machen die Schuld trage und daß nur zu bedauern sei, daß die außerordentlichen Maßregeln (Generalgouverneure, Militärgerichte u.) nicht gleich mit vollem Nachdruck angewendet wurden. Entsetzung heilsamer Strenge — das allein gewährte eine gedeihliche Entwicklung Rußlands!

Schamlos ist die ganze Herzensgemeinheit des Despotismus wohl nicht leicht an den Tag gelegt worden und selbst die versäuerter Schandpresse hat während des Blutauschusses der Raimoche nicht mehr Niedertracht bewiesen. Wahrlich, wenn jedem unserer Feinde nach seinem Verdienst vergolten werden sollte, dann müßte während die andern Volksfeinde einfach vertilgt werden, an den Patronen des bismarck'schen Blattes die Strafe in Anwendung gebracht werden, welche einst ein blutrünstiger Henker auf dem Spielberg an den gehejten Feinden seines Herrschers ausübte: man müßte sie in die Kloake schmeißen.

Eine hübsche Illustration zur deutschen Glückseligkeit bildet die jüngst vom statistischen Amt des Reiches veröffentlichte Auswanderungsstatistik. Darnach schiffen sich in den Häfen Bremen, Hamburg, Stettin und Antwerpen bis Ende September nach überseeischen Häfen 79,958 Personen ein und zwar 48,329 männlichen und 31,629 weiblichen Geschlechtes. Nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika gingen 77,629 Personen. Im Jahre 1878 wanderten 19,758 aus; im Jahre 1879 stieg die Zahl auf 25,546. Im Jahre 1880 — in welchem sich bereits die ersten segensreichen Folgen der „Wirtschaftsreform“ zeigen sollten — hat sich demnach die Zahl der Deutschlands-müden gegen 1879 fast um das Vierfache, gegen 1878 um mehr als das Fünffache vermehrt. Das bismarck'sche Deutschland ist gewiß eine herrliche Gegend, aber es sieht sich am besten an, wenn man sie von der Ferne betrachtet!

Aus Berlin erfahren wir über die angeblich „nihilistischen Umtriebe“, daß einige junge Leute verhaftet sein sollen. Man nennt die Namen Wexlow, Louis und Colberg, sowie drei junge Mädchen „aus höheren Kreisen“. Von anderer Seite wird diesen Gerüchten widersprochen. Was an der Sache ist, darüber herrscht noch Unklarheit.

In Pforzheim wurden außer den neulich gemeldeten vier Verhaftungen noch zehn weitere vorgenommen. Vier wurden bereits wieder entlassen, die meisten der übrigen wurden nach Karlsruhe eingeliefert. Näheres in nächster Nummer.

Bei Berlin, 2. Dez. Wie das blutausgussende Fabrikantenthum darauf bedacht ist, sich die Leichen zu füllen, darüber kann auch ich einen kleinen, aber überzeugenden Beitrag liefern. Der berliner Fabrikant Kleinländer benutzt nämlich die bei uns alle Winter wiederkehrende Arbeitslosigkeit, weil er Geld genug hat und wohl weiß, daß er im Sommer einen höheren Lohn zahlen muß, daß dagegen die Arbeiter jetzt infolge der allgemeinen Noth der Arbeiter von Berlin und Umgebung auch für die niedrigsten Löhne gemacht werden muß, — um sich seine Arbeit für wahre Hungerlöhne schon für den nächsten Sommer fertig stellen zu lassen. Dabei ist dieser Fabrikantenthum so heuchlerisch, den Arbeitern vorzuspiegeln, er habe, lediglich um die Arbeiter zu beschäftigen, eine Bestellung von vielen hundert Sticks Satin angenommen, könne aber für den Winter nicht wie im Sommer 50 Pf., sondern nur 25 Pf. zahlen! Dieser schändliche Lump ist von jeder einer der größten Auswüchse der Weiber von Berlin und Umgebung gewesen; aber so erbärmlich wie diesmal hat er sich noch nie benommen. Freilich, der Appetit kommt mit dem Essen! Durch den erwähnten Schandbrieff schädigt er nicht nur dem Arbeiter, sondern den ganzen Weiberstand in und um Berlin; seine Arbeiter, sondern den ganzen Weiberstand in und um Berlin; denn das laubere Fabrikantenthum laubere Standesgenossen werden sich vor dem ausüchtlich beieilen, diesem schandigen Beispiele zu folgen. Es ist das bei der Heißgier der Fabrikanten um so mehr zu erwarten, als der genannte Artikel der Mode wenig unterworfen ist. Damit wäre den Weibern Berlins und denen, die dahin arbeiten, ein fürchterlicher Schlag vertheilt, so daß sich dieselben in wenigen Jahren keinen höheren Lohn werden ausrechnen können, als die verhängenen Weiber im schändlichen Erzgebirge. Darum sei unsere Lösung: Nieder mit all diesen ausbeuterischen Lumpen — es lebe die sozialistische Produktion!

Darmstadt, 11. Dez. Daß die Polizei wie anderorts auch hier sehr spitzbuzig und bestrebt in Ausführung des Sozialistengesetzes ist, möge aus unserem heutigen Bericht ersichtlich sein, und wollen wir uns auch für diesmal darauf beschränken, der mühseligen Thätigkeit unserer Polizei, die seit einigen Wochen gar nicht mehr zur Ruhe kommt, durch einige Zeilen unserer Anerkennung darzubringen. Eine auch zwei Hausdurchsuchungen in der Woche, einige Verbote der unzulässigen Vereine und dann und wann eine Massenhaftung, das alles war seit her auf der Tagesordnung. Aber man konnte dadurch dem Spießbürger nicht glauben machen, daß die Sozialdemokratie hierorts ausgefuchter sei. Da wurde die Angst der Pöhliger härter und die Aufmerksamkeit der Polizei verdoppelt, als vor einiger Zeit seitens einiger — sogenannter „Revolutionäre um jeden Preis“, die Geldthat begingen, die Dämonen und Tannen in der nahen Waldung mit Rössischen Flugblättern zu bestreuen, worauf natürlich in einer Stunde der ganze Polizeiparappat in Bewegung gesetzt und zu gleicher Zeit bei manchen Genossen Hausdurchsuchungen vorgenommen wurde. Allein dies sollten die Künste der heiligen „Sozialrevolutionäre“ noch nicht alle sein. Vorigen Freitag mittag wurden 4 Mann unter dem Ehrennamen „Sozialdemokraten“ und unter der Aufsicht des Hochgerichtes verhaftet. Soweit wir die Ursache dieser Verhaftungen erforschen konnten, handelte es sich um eine geheime Delegirtenversammlung aus den Städten Mannheim, Frankfurt, (Mainz?) und den nächst Darmstadt liegenden Ortschaften auf dem unweit Darmstadt liegenden Düppelschloß. Ob man dort über die, wahrscheinlich bis zum nächsten Frühjahr fertig gedachten Pariraden berathen wollte, weiß ich nicht. Aus angefangenen Briefen (oder durch Spitzel?) soll die Polizei die ganze Sache erfahren haben, und sollten alle Delegirten auf dem Bahnhof in Oberstadt von den vier Inhaftirten, welche das Empfangslokal bildeten, unter einem in den Korrespondenzen verabredeten Zeichen, abgeholt werden. Während nun das Komitee in Sicherheit gebracht war, benutzte die h. Herrschaft die Gelegenheit, nachdem noch nach allen benachbarten Orten Polizeibeamte geschickt waren, selbst das Empfangslokal zu bilden, und verhaftete unter Abgabe des bestimmten Zeichens noch zwei von Mannheim kommende Delegirte. Nach Berichten dieser Blätter soll bei einem der Inhaftirten eine Flasche Steinhirn (?) gefunden worden sein, womit man nach Berathungen der Polizei ein kleines Attentat geplant habe (!) Es ist wahrhaft zum Franklachen, daß sich die Polizei bei den daran folgenden Hausdurchsuchungen weit mehr mit Visitation der Flaschen, Gläserchen, Krüge und Töpfe als mit Suchen nach Schreibern beschäftigte. Ein Genosse erzählt uns, daß der, während seiner Abwesenheit in Gegenwart seiner Frau hausdurchsuchende Kommissar jedesmal beim Vorfinden einer Flasche oder eines Gläserchens seine Frau aufgefordert habe, zu erst daran zu rühren, was sie aber, nachdem sie einmal dem Wunsch des Beamten nachgegeben war, fürs weitere nicht nothwendig zu haben glaubte, weshalb die Herren die gefahrlos (!) Arbeit weiterhin selbst ausführen mußten. Wehe, wenn die Rasenweißheit durch die Wirkung einer mit Gift (hu!) gefüllten Flasche geahndet worden wäre!

Nun, das war der Spaß, und jetzt wieder zum Ernst. Was aus dem „Hochverrath“ werden wird, müssen wir abwarten und dürfte dies wie manches andere nicht so leicht geahndet werden, als es gedacht ist. Was die Personen anbetrifft, die davon betroffen worden, so müssen wir nur sehr bedauern, daß wir nicht im Stande sind, ihnen durch materiellen Opfermuth, oder auch hier und in den Spalten unseres Zentralorgans durch warme Worte unsere Theilnahme zu bezeugen; denn sie haben trotz aller Warnungen und Ermahnungen der von unserer Partei eingeschlagenen Taktik sowie unserem geschlossenen Vorgehen den Klüften gelehrt und blind der Resolutionsphrasenrederei Wox's gefolgt. Mögen aber auch die Genossen, welche noch an der Nichtigkeit unserer Taktik zweifeln, aus diesem Vorfalle eine Lehre ziehen und mit uns in geschlossener Reihe dem Wahlrecht folgen: Einer für Alle, Alle für Einen den einzigen richtigen Weg, den unsere Partei mit so viel Erfolg eingeschlagen hat und schließlich, marschiren — er wird uns gewiß und zur richtigen Zeit zum Ziele führen! — Während nun die Leute Wox's eine traurige Gelegenheit haben, über ihre Tollkühnheiten nachzudenken, entweilt die Polizei eine fieberhafte Thätigkeit, so daß es vorlief, daß bei einem Genossen an einem Tage zweimal gehausucht wurde. Man sucht eben Material zu dem Hochverrath; allein bei uns wird man ein solches nicht finden, denn Kleinhändler und verärrte Köpfe gehören schon lange nicht mehr in unsere Reihen.

Im übrigen wäre nichts weiter von Bedeutung, als daß es vorigen Mittwoch, trotz der jetzt hier herrschenden Situation, ein Genosse wagte, eine Volkerversammlung mit der unspießbürgerlichen Tagesordnung „Die Antisemitie an der Arbeit“ einzuberufen, welche aber von der Polizei als Gegen demonstration zu den Verhaftungen (?) betrachtet und unter Vorbehalt verboten wurde, es könnten durch Erörterung dieses Themas in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung gegeneinander aufgereizt werden. Wir aber wollten durch Erörterung dieses Themas die Aufrechterhaltung der Arbeiterklasse gegen die Juden verhindern. Aber verdient man da nicht der deutschen Regierung den Spaß, gelegentlich mit Annoncen dajapischen Artzählern zu dürfen? Nun, wir dürfen zum Schluß noch der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Bevölkerung im Wahlkreis Darmstadt-Groß-Heran bei der nächsten Reichstagswahl durch Vereinigung ihrer Stimmen auf den von uns vorgeschlagenen Kandidaten, August Bebel, die beste Antwort auf alle diese Maßregeln und Polizeivöllerei erteilen wird!

Augustsburg, 8. Dez. Soeben erlaube ich aus erster Hand, daß heute in aller Frühe der aus Paris s. Z. ausgewiesene „Sozialrevolutionäre“ Dave in einem heiligen Wox'schen verhaftet worden sei. Unter seinen beschlagnahmten Effekten fand sich auch ein Notizbuch, in welchem die ganze Reiseroute, vollführte und beabsichtigte, mit Orts- und Personenangabe (!) vor, so daß die Polizei nun wieder Material zu verschiedenen Schändlichkeiten hat, denn das die Adressen den betr. Behörden mitgetheilt werden, liegt auf der Hand. — 9. Dez. In meiner gestrigen Notiz muß ich heute eine andere „Sozialrevolutionäre“ Hiebepose melden. Der „Sozialrevolutionäre“ Lichter ist es, von hier wurde in Frankfurt a. M. verhaftet, als er zu einem, laut hiesiger Polizeiberichte, auf den 5. Dezember in Darmstadt geplanten „Kongress“ reisen wollte. Der Polizeibericht behauptet auch meine gestrige Notiz bez. Dave's und theilt dessen Reiseroute spezialisiert mit. Er ging am 28. November von London weg nach Brüssel, den Rhein entlang nach Mainz, Darmstadt, Alsbach, Augsburg und wollte über München nach Wien, Reichsburg (wir wissen, warum. D. N.), Dresden, Berlin, Hamburg, London. Zwei Thatfachen sind es, die unsere Entrüstung hervorgerufen: Der geradlinig verbrecherische Reichthum, mit dem Wox's „Verschwörung“ spielt und die Genossen in Deutschland der Polizei aus Wexler hier (während er natürlich im sicheren London bleibt), da er wissen muß, daß er von Polizeispionen umgeben ist, die er wie Lehmann, Jabsch, Neumann, König für seine besten Freunde hält. Denn ich höre, daß die Polizei von dem angeblichen Kongresse aufs genaueste unterrichtet war. Und wie ist es zu erklären, daß ein „Agitator auf Reisen“ Kamen im Notizbuche trägt, gleichsam als Speisegettel für die Polizei? Leute von solchem Reichthum und solcher — Beschränktheit sind nicht berufen, in so bewegten Zeiten eine revolutionäre Partei zu „Thaten“ zu leiten, solche Leute gehören in's Karrenhaus oder verbrennen im besten Falle wie Knaben geächtigt zu werden, wenn man nämlich an ihre Ehrlichkeit glaubt, was ich natürlich bez. des notorischen Lügen's Wox's, der seine Privatmoral allmählig auf das politische Gebiet übertragen hat und in seiner „Freiheit“ als „sozial-revolutionäre“ Evangelium dogmatisirt, nun nicht mehr glaube.

Vom Obhau, 8. Dez. Heidenthaten der Polizei. Vor ein paar Tagen ging die Frau eines in der Schweiz wohnenden Deutschen mit ihrem zwölfjährigen Knaben nach Konstanz, um dort Aufschlüsse einzufassiren. Kaum dort angekommen, hielten sie ein paar Schutzleute an, verhafteten sie und führten sie ins Gefängniß. Dort wurde die hochschwangere Frau, sowie nicht minder auch das Kind von einer Wärterin bis auf die Haut durchsucht, ohne daß indeß etwas „Staatsgefährliches“ ausgefunden worden wäre. Sodann ließ man Mutter und Kind wieder gehen. Frauen und Kinder ohne jede Auflage ihrer Freiheit beizubehalten, in ihren Beschäften schädigen und zum Schaden ihrer Gesundheit erschrecken — ist das nicht eine Infamie sonder Gleichen? Wahrsagt, wir haben's „herrlich weit gebracht“, so weit, daß wir uns vor den andern Völkern schämen möchten. Welch ein mächtiges weltgebietendes Reich, das vor Frauen und Kindern zittert! Welch ein Fort germanischer Sitte, mo die Frauen keinen Augenblick davon geschäftigt sind, daß ihnen die Kleider vom Leib gerissen und der Körper abgerührt wird. Wie weit wird das heutige Gewaltthierthum seine unglückliche Freiheit noch treiben, wie lange werden wir uns dieselbe noch gefallen lassen müssen und wann wird endlich die Zeit kommen, wo die Reaktionsbände ihren verdienten Lohn empfangt?

Und auf Grund welchen „Verbrechens“ ihm erfolgte jene Polizeirohheit? Nun, die Frau war in eine Wirthschaft gegangen, welche früher einmal in dem Verbaute stand, daß dort Sozialisten verkehren und welche deshalb dem Militär verboten worden war, welches Verbot indeß bereits längst wieder aufgehoben ist. Aber nein, nicht einmal in die Wirthschaft selbst, sondern zu einer Familie, welche das Hinterhaus des Wirthes bewohnt. Der Sozialist aber auch nur der Verdacht desselben wird in unserem samosen Reich ähnlich wie Kogel angefahren, durch das jeder angeheft wird. — Aber mit der Durchsuchung der Frau war es noch nicht genug. Als bald wurde die Wohnung der Familie, welche sie besuchte hatte, polizeilich besetzt. Es scheint die halbe Spießgesellschaft in der Nähe gewesen zu sein, denn sobald ein kühnlich gekleideter Kriminalpolizist gewinkt und dazu gerufen hatte: „Kommt, jetzt geht's los!“ kam ein ganzer Trudel herbeigestrüzt. Drei Schutzleute nebst zwei Jungen kamen mit wichtiger Miene, hielten Hausdurchsuchung und fanden — nichts! Als sie gefragt wurden, was denn dieser Ueberfall eigentlich zu bedeuten habe, erwiderte ein Schutzmann: „Ja, es ist eben Gejahn vorhanden!“ Beschwerde gegen diese Willkürlichkeiten ist erhoben, wird indeß kaum etwas helfen; denn für diejenigen, von denen man eine Gefahr für die „Ordnung“ des Staates und der Gesellschaft befürchtet, gibt es in deutschen Reich kein Recht. Man wird sich also daran gewöhnen müssen, sich in Geduld zu lassen und die Reaktionen hassen zu lassen bis zum Tag, „der jede Schuld bezahlt!“

Oesterreich-Ungarn.

* In Wien wurden infolge massenhafter Verbreitung von sozialistischen Flugblättern zahlreiche Hausdurchsuchungen vorgenommen und sieben Genossen verhaftet. Die Polizei wußte um die Sache schon mehrere Tage vor der Verbreitung und setzte eine „Fangprämie“ von 25 fl. auf jeden Verbreiter; trotzdem erwischte sie nur wenige und vermochte natürlich noch viel weniger die Verbreitung zu hindern. Wir bringen in nächster Nummer einen — für diesmal Raum mangels halber zurückgestellten — ausführlichen Bericht. Auch eine Reihe von Beschlagnahmen, u. a. die des „Arbeiterkalenders“ sind wieder erfolgt.

— Aus Oesterreich. Seit unserem letzten Berichte über die Demonstration der wiener Arbeiter gegen die deutschliberale Partei haben neue Kundgebungen in ähnlichem Sinne in Wien, Laibach und Brno a. N. stattgefunden, natürlich begleitet von dem obligaten Schimpfanzug der deutschliberalen Presse. Das lächerliche Märchen von der Allianz der Sozialdemokraten mit den Skizalen und der Regierung geht bereits seinen verdienten Ende entgegen, da die Thatfachen sich mehren, welche die liberalen Verleumder zum schleunigen Rückzug zwangen. Die für Prag einberufene Volksoberversammlung unserer Partei wurde verboten, in Laibach durfte der Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts nicht zur Abstimmung gebracht werden, in Graz und Brno konnte nur über den allgemeinen Theil der Resolution abgestimmt werden, da der Regierungsvertreter die darin benannten Forderungen als identisch mit dem Programm des wiener-neubäuer Kongresses des Jahres 1876 erklärte, die bekanntlich nicht zur öffentlichen Diskussion gelangen dürfen.

Diese Thatfachen im Zusammenhange mit der fortwährenden Verfolgung unserer Partei durch die Polizeibehörden beweisen wohl selbst dem gläubigsten Leser der liberalen Presse die Fabelhaftigkeit jener Allianz. In Prag wurde der tschechische Arbeiterklub wegen „sozialistischer Umtriebe“ aufgelöst, in Pragauitz, Währten, am W. Nov. eine Hausdurchsuchung im Lokale des dortigen Arbeitervereines vorgenommen, der Verein selbst aufgelöst und der Obmann Wopalka verhaftet. Gegen den Vorstand des Vereines wurde die Untersuchung wegen „Geheimbundes“ eingeleitet.

In Graz wurden in der Nacht vom 6. auf den 7. Nov. sozialistische Flugblätter mit der Ueberschrift: „Was ist der Arbeiter?“ an den Strohsecken und öffentlichen Gebäuden, selbst innerhalb der Polizeidirektion und an der Direktion der Polizeidirektion, angeheftet. Infolge dessen fanden bei drei Genossen Hausdurchsuchungen statt, selbstverständlich ohne Erfolg. Gen. Wabriel wurde jedoch am 9. Nov. auf der Straße verhaftet, und auf der Polizeidirektion einer genauen Vernehmung unterzogen, die ebenfalls erfolglos blieb. Hierauf wurde mit ihm ein Verbot vor dem Oberkommissar Maurer vorgenommen, aus dem hervorging, daß man Gabriel im Verbaute hatte, an der Verbreitung der erwähnten Flugblätter Theil genommen zu haben. Besonders hervorzuheben ist aus diesem Verbot, daß Herr Maurer, um jede Veränderung in den Mienen Gabriel's beobachten zu können, letzteren vor vier brennenden Kerzen Platz nehmen ließ; ferner, daß alle Artzählungen und Versprechungen angewendet wurden, um Gabriel dazu zu bringen, die Verbreiter der Flugblätter bekannt zu geben. Bei dieser Gelegenheit äußerte sich auch Herr Maurer dahin, daß er alles ausbieten werde, um die sozialdemokratische „Deutschheit“ in Graz anzuknüpfen. Er weckte sich auch nicht scheuen, so oft es ihm beliebte, Strafenverhaftungen vorzunehmen.

Nach diesem Verbot wurde Gabriel, obwohl nicht der geringste Verbautegrund gegen ihn vorlag, in Haft gehalten und nach vier Tagen an das Landesgericht abgeliefert, von wo er am 25. Nov., nachdem die Untersuchung durch die Oberstaatsanwaltschaft eingeleitet worden war, auf freien Fuß gesetzt wurde.

Am 20. Nov. sollte in Prag eine vom jungtschechischen Klub einberufene Volksoberversammlung stattfinden, zu der auch etwa 3000 Personen erschienen waren. Schon in den der Versammlung vorausgehenden Komiteesitzungen hatte die Arbeiterpartei slawischer Nationalität das Verlangen gestellt, daß man den Maurermeister Schaller als Vertreter der Arbeiter in der Versammlung spreche lasse. Die Jungtschechen gingen auf dieses billige Verlangen nicht ein. Als nun die Jungtschechen den zahlreich anwesenden Arbeitern auch jede Vertretung im Präsidium der Versammlung verweigerten, erhob sich ein fürchterlicher Tumult, und die Volksoberversammlung mußte auf Begehren der jungtschechischen Komiteemitglieder aufgelöst werden. Zwei der Volksoberversammlung war ein Protest gegen die Beschlüsse des deutschliberalen Parteitages in Wien. Zu bedauern ist, daß die Jungtschechen durch ihre unberechtigte Hartnäckigkeit gegenüber den Forderungen der Arbeiter jedes Zusammengehen der freimüthigen bürgerlichen Elemente unter den Tischeln mit der sozialistischen Partei wieder für längere Zeit unmöglich gemacht haben. Maurermeister Schaller wurde von den Jungtschechen aus ihrem Klub ausgeschlossen.

Am 20. Nov. schloß auch der Fortschrittklub des Abgeordnetenhauses den Herrn Dr. Kronawetter wegen seiner Rede gegen die Verfassungspartei aus; dafür hat derselbe am 21. Nov. von seinen Wählern ein einstimmiges Vertrauensvotum erhalten.

Belgien.

* In Brüssel wird von Neujahr an eine Gruppe sozialistischer Studenten unter Mitwirkung von belgischen, französischen, niederländischen, deutschen und russischen Studenten eine sozialistische Studentenzeitung, „L'Etudiant socialiste“, herausgeben. In der Ankündigung der Herausgeber heißt es über die Aufgabe des Blattes: „Der «Etudiant socialiste» wird prüfen, ob — wie dies die Hohenpriester der Nationalökonomie und des opportunistischen Liberalismus sagen — das Etend in unserer gesellschaftlichen Organisation, so vollkommen man auch dasselbe erachte, ein schlechtes, aber notwendiges Uebel ist“ (Dunoyer und sonstige Defkonomen). Er wird untersuchen, „ob es keine soziale Frage gibt“ (Gambetta), obgleich nach dem Gesandnisse der Verantwortlichen der gegenwärtigen Ordnung, „der Lohn des Arbeiters sich unvermeidlich auf das Nothwendige beschränkt, die Arbeiterklasse in ihrer nöthigen Zahl zu erhalten“ (J. B. Say u.), obwohl „jedes Jahr ein Theil der Arbeiter, selbst im Schoße der wohlhabendsten Nationen, wegen Mangel verkommen muß“ (Say). Er wird sich endlich erheben gegen die einseitigen Prinzipien „Matthus' und Molinari's“; Niemand, der in dieser Welt geboren wird, hat, wenn die Ges

